

Entschließungsantrag

des Abgeordneten MMMag. Dr. Kassegger
und weiterer Abgeordneter

betreffend keine Aufnahme von „Moria-Migranten“ und Ablehnung des neuen EU-Migrations- und Asylpakts

eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 6, Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 807/A(E) der Abgeordneten Dr. Ewa Ernst-Dziedzic, Dr. Reinhold Lopatka, Kolleginnen und Kollegen betreffend EU Aktionsplan Menschenrechte und Demokratie (375d.B.) in der 55. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 14. Oktober 2020

Die Ereignisse auf der griechischen Insel Lesbos haben in Österreich und der Europäischen Union eine Debatte über die Aufnahme von „Moria-Migranten“ ausgelöst. Insbesondere Politiker der SPÖ und der Grünen, aber auch der ÖVP und ihrer deutschen Schwesterpartei CSU fordern vordergründig die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus Moria – wohl wissend, dass darauf früher oder später der Nachzug von erwachsenen Familienangehörigen folgen wird und eine enorme Sogwirkung entsteht, die zu einer weiteren massiven Immigrationswelle wie jener aus 2015 führen könnte.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 2015, der aktuellen Corona-Pandemie und der daraus resultierenden extrem angespannten Lage am österreichischen Arbeitsmarkt sind diese Tendenzen besorgniserregend, besonders wenn man ins Kalkül zieht, dass das Migrantenlager mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von mit Corona infizierten Bewohnern des Lagers selbst in Brand gesteckt wurde.

Kurz darauf hat die EU-Kommission am 23. September 2020 ihre Vorschläge für einen Asyl- und Migrationspakt präsentiert. Grundsätzlich dürfte es der EU mit der Forderung, legale Zugangswege nach Europa für Migranten einzurichten, nur darum gehen, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Wieder neue Vorschläge zur Steuerung auf EU-Ebene für eine bessere Verwaltung und Umsetzung der Asyl- und Migrationspolitik werden vorgelegt. Dabei wurde völlig ignoriert, dass es nicht darum geht, Migrationsströme anders zu verwalten und „gerechter“ zu verteilen, sondern die in erster Linie wirtschaftlich motivierte Migration nach Europa zu unterbinden und bereits illegal ohne Asylgrund eingewanderte Fremde konsequent abzuschieben.

Der EU-Asyl- und Migrationspakt wird hingegen in einer Umverteilung von illegalen Migranten quer über Europa münden. Das ist der Kern der „verpflichtenden Solidarität“, welche Kommissionspräsidentin Von der Leyen und Co. einfordern. Mit den neuen Vorschlägen wird das kriminelle Geschäft der Schlepper unterstützt. Die Europäische Union bringt schon jetzt mit ihren Rettungsmissionen Migranten in die EU, besser könnten Schlepper nicht arbeiten. Es kann aber nicht das Ziel sein, Wirtschaftsflüchtlinge aktiv in die EU zu holen.

2018 wurde die Kehrtwende in Richtung einer restriktiven und konsequenteren Asyl- und Migrationspolitik eingeleitet. Die EU macht jetzt die Umkehr zulasten der eigenen

Bevölkerung und zugunsten zigtausender illegaler Wirtschaftsmigranten und Einwanderer in das Sozialsystem.

Ein Zuzug von „Moria-Migranten“ ist daher genauso wie der neue EU-Migrations- und Asylpakt vehement abzulehnen, denn es gibt nur eine verpflichtende Solidarität – und das ist jene mit der eigenen Bevölkerung.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt wird die Bundesregierung aufgefordert, keine ‚Moria-Migranten‘ aufzunehmen und auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass der neue EU-Migrations- und Asylpakt mit seiner neuen Umverteilungsaktion von Migranten in der EU abgelehnt wird.“



